



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 25.06.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 17.05.2018, 15:30 Uhr bis 18:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Nickenig	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln

Herr Dr. Dr. Herbert Mück

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn

SPD

Herr Tobias Scholz

GUT

Herr Markus Wiener

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano

Italiani per Colonia

Herr Michael Müller

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Franz Xaver Corneth

auf Vorschlag der CDU

Herr Günter Jachtner

auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling

auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann

auf Vorschlag der Grünen

Frau Elke Lerchner

auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach

Deutsches Rotes Kreuz

Beratende Mitglieder

Herr Carsten Effert

Arbeiterwohlfahrt

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Monika Kuntze

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Frau Martina Schönhals

Diakonisches Werk Köln und Region

Frau Stella Shcherbatova

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Beratende Mitglieder

Herr David Klapheck

Synagogen-Gemeinde Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden und weist daraufhin, dass der Beigeordnete Herr Dr. Rau vor Beginn der Tagesordnungsdebatte sein Wort an den Ausschuss richten wolle.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass der 17. Mai der internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie sei. Er wolle das in Erinnerung rufen, dass dieser Tag von weltweiter Bedeutsamkeit sei.

Am 17.05.1990 habe die WHO die Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel der Krankheiten gestrichen. Bis dahin sei Homosexualität als Krankheit eingestuft und es wurde zu Prävention und Therapien aufgerufen.

Der Tag mache darauf aufmerksam, dass Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuelle auch heute noch gegen Diskriminierung und Ausgrenzung weltweit ankämpfen müssen.

Anlässlich des Aktionstages habe die Stadt Köln eine internationale Fotoausstellung des Rainbow-City-Netzwerkes begleitet, welche online aufrufbar sei. Es gebe zwei Aktionen in Köln. Zum einen gebe es eine Podiumsdiskussion um 18:30 Uhr in der Volkshochschule und um 19:00 Uhr werde eine Menschenkette der Solidarität auf der Deutzer Brücke gebildet, welche bunte Luftballons in die Luft steigen lasse.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die Informationen.

Er eröffnet die Tagesordnungsdebatte damit, dass zu TOP 2.3 ein Dringlichkeitsantrag vorliege und hier der Ausschuss über die Dringlichkeit entscheiden müsse.

RM Frau Heuser begründet den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass es bei den Leitprojekten zum Thema präventive Hausbesuche eine Zusetzung von neun 0,5-Stellen gegeben habe obwohl bisher keine Evaluation vorgelegen habe. Als die präventiven Hausbesuche eingeführt wurden, habe die Politik erwartet, dass nach einiger Zeit eine Evaluation vorgelegt werde. Für die aktuelle Haushaltsplanberatung möchten somit die Antragsteller bezwecken, dass frühzeitig eine Evaluation vorgelegt werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lässt darüber abstimmen, ob eine Dringlichkeit vorliegt oder nicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der Fraktion DieLinke betreffend "Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren"
AN/0209/2018

- 2.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Prüfbericht zu den Nutzungsvereinbarungen zur Flüchtlingsunterbringung in Hotels"
AN/0573/2018
- 2.3 Präventive Hausbesuche
AN/0788/2018
- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
0373/2018
- 4.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018
- 4.3 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II
1283/2018
- 5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 7 Wohnen**
- 7.1 Anfragen und Beantwortungen
- 7.2 Neue Kölner Statistik 3/2018
Hohe Zahl an Wohnungen im Bau - viele Wohnbauflächen in Planung
1293/2018
- 8 JobCenter Köln**
- 8.1 Anfragen und Beantwortungen
- 8.1.1 Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.2 von Herrn Ladenberger betreffend "Budget für Arbeit" aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 19.04.2018
1445/2018

8.1.2 Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.2 von Herrn Ladenberger betreffend „Grad der Behinderung“ aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 19.04.2018
1446/2018

8.2 Bericht des Jobcenter Köln
1442/2018

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“"
AN/0599/2018

9.1.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
AN/0540/2018

Antwort der Verwaltung betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
1218/2018

9.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flüchtlingsunterbringung Rubensstraße"
AN/0716/2018

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flüchtlingsunterbringung Rubensstraße (AN/0716/2018)"
1520/2018

9.1.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen"
AN/0775/2018

9.2 20. Bericht zur Situation Geflüchteter
1354/2018

9.3 Informationen zur Ombudsstelle für Flüchtlinge
1179/2018

9.4 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018
1192/2018

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“"
AN/0463/2018

11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018)"
AN/0581/2018

11.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette"
AN/0587/2018

Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette
AN/0587/2018
1603/2018

11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Förderung von Interkulturellen Zentren aus dem Ausschusses für Soziales und Senioren vom 30.01.2018
1093/2018

11.1.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück betreffend "Gewalt in der Pflege" im Ausschuss für Soziales und Senioren (TOP 11.3 vom 14.12.2017)
1015/2018

11.1.6 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnsiedlung 'Im Mönchsfeld'", TOP 12.6 in der Sitzung vom 01.03.2018
Hier: Neu aufbereitete Tabelle
1519/2018

11.1.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück betreffend "Vergünstigungen bei der Verbraucherberatung für Köln-Pass Inhaber/innen"
1626/2018

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Angebote für Obdachlose"
AN/0646/2018

- 11.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ausbildungsduldung"
AN/0717/2018

Beantwortung Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sozialausschuss AN 0717/2018 betreffend "Ausbildungsduldung" 1580/2018

- 11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

- 12.1 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018
- 12.2 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht 0465/2018
- 12.3 Eröffnung einer Einrichtung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung obdachloser alleinstehender Frauen in der Gleueler Str. 262-268/ Ecke Zülpicher Str., 50935 Köln („Krieler Dom“) 1004/2018
- 12.4 Bekanntmachung der Broschüre "Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen - Eine Erfolgsgeschichte über Bürgerengagement auf Stadtteilebene" 1193/2018
- 12.5 Weiterführung der Postfiliale Köln-Zollstock (Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.03.2018 bzw. der BV Rodenkirchen vom 19.02.2018) 1417/2018
- 12.6 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt 1427/2018
- 12.7 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2017-2018 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren 1097/2018

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der Fraktion DieLinke betreffend "Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren" AN/0209/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt hierzu an, dass hier noch eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung ausstehe und er fragt, wann mit dieser zu rechnen sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass die Antwort weitgehend im Entwurf stehe, jedoch noch nicht final abgestimmt sei.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schlägt daraufhin vor, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu schieben.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

2.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Prüfbericht zu den Nutzungsvereinbarungen zur Flüchtlingsunterbringung in Hotels" AN/0573/2018

RM Frau Hoyer bedankt sich zu Beginn bei der Oberbürgermeisterin, dass sie diesen Prüfbericht in Auftrag gegeben habe. Das sei ein Signal für Transparenz gewesen und Sorge dafür, dass in der Politik und in der Öffentlichkeit zu Recht entstandene Unruhe beseitigt werde.

Der Prüfbericht sei an das Rechnungsprüfungsamt gegangen, die gesamte Politik kenne diesen jedoch nicht. Sie könne nicht nachvollziehen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss informiert werden solle, aber der Ausschuss für Soziales und Senioren als Fachausschuss nicht.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

RM Frau Heuser regt an, dass Ergebnisse aus dem RPA, die über den Prüfbericht hinausgehen auch in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren gegeben werden.

RM Herr Detjen teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag auch zustimmen werde und er sich über ein hoffentlich einstimmiges Ergebnis freuen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Beschluss:

Der von der Oberbürgermeisterin in Auftrag gegebene Prüfbericht über die Vereinbarungen zur Nutzung von Hotels und Beherbergungsbetrieben zur Unterbringung Geflüchteter wird dem Ausschuss für Soziales und Senioren im nichtöffentlichen Teil zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**2.3 Präventive Hausbesuche
AN/0788/2018**

RM Frau Heuser begründet den Antrag damit, dass es die präventiven Hausbesuche seit ca. zwei Jahren gebe und damals mit 0,5 Stellen pro Bezirk eingerichtet wurden. Diese seien in den Leitprojekten auf eine ganze Stelle je Bezirk erhöht worden. Damals wurde vorausgesetzt, dass auch eine Evaluation vorgelegt werde.

Die Antragsteller erwarten, dass es sich hierbei nicht nur um eine Evaluation von Zahlen handle, sondern dass auch inhaltlich darauf eingegangen werde, was bei den Hausbesuchen vornehmlich als Themen und Bedarfe angesprochen wurde.

Dieses Ergebnis wolle die Politik vor den Haushaltsplanungen erhalten.

RM Frau Hoyer fragt, ob es so richtig sei, dass in der Begründung der Antragsteller gesagt werde, dass es seitens der Verwaltung ein Leitprojekt gebe, bei dem Stellen eingerichtet werden und die Antragsteller seien der Meinung, dass dies nicht gerechtfertigt sei, da es erst die Evaluation geben müsse.

RM Frau Heuser antwortet, dass die Stellen eingerichtet werden, aber die Evaluation noch ausstehe. Sie wünsche eine Untermuerung der notwendigen Stellen.

RM Herr Detjen merkt an, er habe verstanden, dass die Stellen aufgestockt werden müssen und nun höre er heraus, dass die Stellen im Rahmen der Haushaltsberatung gestrichen werden sollen. Ihm sei das ebenfalls nicht klar und er bittet um genauere Erläuterung.

Des Weiteren fragt er, bis wann die Verwaltung eine Evaluation schaffen könne, seiner Meinung nach müsse im Antrag kein so spezifisches Datum stehen, ihm würde ein Zeitrahmen ausreichen.

Herr Woltmann, Abteilungsleiter der Abteilung für Senioren und behinderte Menschen erläutert, dass geplant gewesen sei, bevor das Leitprojekt beschlossen werden sollte, eine Konzepterweiterung vorzulegen.

Mit der Evaluation sei man noch nicht so weit. Es wurde eine neue Software entwickelt die diese Daten für eine Evaluation erfassen könne. Diese funktioniere gut, so dass im Herbst valide Ergebnisse vorgewiesen werden können.

RM Herr Klausung erklärt, dass das Datum gut gewählt sei, da es mit der Haushaltsberatung zusammenhänge. Der Ausschuss sei sich einig, dass die präventiven Hausbesuche eine positive Resonanz erhalten. Für die Haushaltsberatung werde aber eine Argumentationsgrundlage in Form dieser Evaluation benötigt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass für seine Fraktion die qualitätsvolle Evaluation wichtiger sei, als die Einhaltung eines Termins. Für seine Fraktion sei der 6. September keine Frist.

SE Herr Dr. Dr. Mück begrüßt das Anliegen einer qualitative Auswertung. Das Bauchgefühl alleine reiche nicht immer aus.

RM Frau Heuser schlägt vor, dass sich darauf geeinigt werde, dass die Evaluation zu den Haushaltsplanberatungen vorgelegt werden möge.

Daraus resultiert der geänderte Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Soziales und Senioren *rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen* eine Evaluierung des Programms „Präventive Hausbesuche“ vorzulegen.“

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Geänderter Beschluss (Änderungen kursiv markiert):

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Soziales und Senioren *rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen* eine Evaluierung des Programms „ Präventive Hausbesuche „vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen 0373/2018

RM Herr Detjen teilt mit, dass er über die Mitteilung der Verwaltung enttäuscht sei, weil das Rechnungsprüfungsamt und der Rechnungsprüfungsausschuss empfohlen hatten zwei Satzungen zu entwickeln. Über diese zwei Satzungen erhält die Stadt Köln im Bereich Obdachlose, bis zu vier Millionen Euro.

Mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes habe er gesprochen und sie beide haben sich von dem Vorschlag, Mietverträge abzuschließen, erhofft, dass dieser ein Weg sein könne, wie auf der einen Seite diese Mehreinnahmen akquiriert werden können, aber gleichzeitig einen Weg eröffnet werde, der emanzipatorisch und transparent sei.

Es sei von der Verwaltung keine Bewegung bei diesem Thema zu sehen. Beispielsweise wäre es ebenfalls denkbar, ein Pilotprojekt zu machen, um diese Überlegung auszutesten.

Die Mietverträge seien eine Form, welche bei den Betroffenen gut ankommen würde.

Er sei daher sehr enttäuscht und werde dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht folgen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt die Verwaltung, wie diese die Möglichkeit eines Pilotprojektes einschätze.

Herr Ludwig, Amtsleiter des Amtes für Wohnungswesen bewertet diesen Vorschlag als schwer umsetzbar, da er zu Verwerfungen führen würde. In einer Unterkunft, die dann nicht mehr gewidmet sei, habe die Verwaltung somit Mietverträge, in anderen Wohnungen nicht. Besonders schwierig sei das, wenn die Person wechselnde Arbeitstätigkeiten habe. Die Verwaltung sehe diesen Vorschlag in einem Objekt als nicht praktikabel an.

RM Herr Detjen fügt an, dass dieses Argument, dass die Verwaltung lediglich eine Satzung haben wolle, bereits zu Beginn angeführt wurde. Mittlerweile gebe es zwei Satzungen, die Argumente seien aber die gleichen.

Herr Ludwig entgegnet, dass ein Argument, welches vor Jahren richtig gewesen sei, durch Zeitablauf nicht falsch werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass der Ausschuss sich schon lange mit der Thematik befasse. Er fragt, ob es ein gangbarer Weg sei, dass RM Herr Detjen einen Änderungsantrag mit seinem Vorschlag zur nächsten Sitzung stelle, damit die anderen Fraktionen noch genug Zeit haben sich mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen und somit die Vorlage ein letztes Mal vertagt werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau plädiert sehr dafür, nicht von dem Vorschlag der Verwaltung abzuweichen. Der vorletzte Absatz von Anlage 7 zeige, dass mit zwei Satzungen bereits Mietvertragsbedingungen geschaffen werden. Hierzu gehöre, dass beispielsweise eine Ableseinfrastruktur und sonstige Infrastrukturen, die eine Nebenkostenabrechnung benötige, ermöglicht werden. Dies müsse auch bei einem Pilotprojekt getan werden. Der darauffolgende Verwaltungsaufwand sei erheblich.

RM Frau Gärtner sagt, dass ihre Fraktion der Satzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Es werde langsam Rechtssicherheit benötigt, welche durch den heutigen Beschluss erreicht werde. Der Beschluss hindere die Verwaltung und auch die Politik nicht daran, weiter nachzudenken, wie man diese Thematik verbessern könne.

RM Frau Hoyer schließt sich ihrer Vorrednerin an. Ihre Fraktion werde ebenfalls so beschließen wie von der Verwaltung vorgelegt. Bei dem Thema habe es immer Schwierigkeiten gegeben, diese bezogen sich aber darauf, ob im Nachhinein für die Mieter zu hohe Kosten entstehen und nicht die von RM Herrn Detjen erwähnte Problematik.

Zu Beginn des Jahres habe die Politik zwei Beschlussvorlagen vorgelegt bekommen, eine bezog sich auf die Flüchtlinge und eine auf obdachlose Personen. Die Vorlage bezüglich der Flüchtlinge habe die Politik schnell beschlossen und sie wurde schnell von der Verwaltung umgesetzt, da hier hohe Kosten gegeben waren. Aber die hohen Kosten gebe es auch bei der aktuellen Vorlage. Daher solle der Ausschuss nun beschließen und nicht noch weiter schieben.

RM Frau Heuser teilt mit, dass ihre Fraktion sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen werde und sich auch den Ausführungen ihrer Vorrednerinnen vollumfänglich anschließe.

RM Herr Detjen merkt an, dass ein Argument die Rechtssicherheit sei. Diese Rechtssicherheit habe der Ausschuss bei der Satzung zur Flüchtlingsunterbringung geschaffen. Daraus resultierte ein Chaos, welches die Verwaltung angerichtet habe. Daher sei dies kein tragbares Argument.

Unter den gegebenen Bedingungen werde seine Fraktion ablehnen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erläutert, dass der Vorschlag, die Vorlage um eine Sitzung zu schieben, damit ein Änderungsantrag von RM Herrn Detjen

gestellt werden könne, mehrheitlich bereits in der Diskussion abgelehnt worden sei. Somit lasse er nun über die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. die „Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die Erhöhung um 15 % der aktuellen Gebühr //(Anlage 3/OH-A) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion, gegen die Stimme der Fraktion Die Linke **zugestimmt**.

4.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss 0482/2018

RM Herr Detjen teilt mit, dass es zu der Vorlage seitens der Interessengemeinschaft Blumberg e.V. das Ansinnen gebe, welches auch die Bezirksvertretung Chorweiler unterstütze, eine Begegnungsstätte mit zu errichten. Er fragt, ob es möglich sei, dieses Anliegen umzusetzen.

Herr Ludwig bedankt sich für die Anregung. Er sagt zu, dass dieser Aspekt bei der Planung mit einbezogen werde. Er könne noch nicht abschätzen, ob eine solche Begegnungsstätte in das Konzept des geförderten Wohnungsbaus passe, dies müsse noch geklärt werden.

Die vorgelegte Vorlage sei ein Planungsbeschluss und diesen Aspekt der Begegnungsstätte nehme er in die Planung mit auf.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, um was für eine Art der Begegnungsstätte es sich hierbei handle.

Herr Ludwig erläutert, dass die Verwaltung mit der Interessengemeinschaft Kontakt aufnehmen werde, sobald die Planung beginne, um sich die Vorstellungen der Gemeinschaft anzuhören und konkretisieren zu lassen.

SB Herr Dr. Schulz erklärt, dass es in Blumenberg außer einer von der Kirchengemeinde getragenen Begegnungsstätte kein weiteres Angebot gebe. Es gehe in diesem Fall darum, an der Stelle ein entsprechendes Angebot anzubieten. Über die Ausstattung und die Größe habe die Interessengemeinschaft noch selbst keine Vorstel-

lungen. Es gehe jedoch nicht um die Errichtung eines Bürgerzentrums, sondern lediglich um einen Raum, welcher hierfür zur Verfügung gestellt werden solle.

SB Herr Ladenberger sagt, dass auf Seite drei der Vorlage davon die Rede sei, dass das Gebäude zehn barrierefreie abgeschlossene Wohnungen haben solle. Er regt an, dass ein Teil dieser Wohnungen auch rollstuhlgerecht sein solle, da die Stadt hier ihrer Vorbildfunktion nachkommen solle.

Herr Ludwig merkt an, dass er dazu stehe, dass in den Projekten des geförderten Wohnungsbaus, welche in diesem Ausschuss vorgestellt werden, das Thema rollstuhlgerechte Wohnungen mit eingeplant sei und auch umgesetzt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., Gemarkung: Worringen, Flur: 50, Flurstück: 1872 tlw., aufzunehmen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 105.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 105.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 105.000 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5199 – Neubau Langenbergstraße – bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.3 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II
1283/2018**

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass auf Seite 2 der Anlage 2 unter „Islamischer Kulturverein“ in der sechsten Spalte ein Kursangebot von 24 bis 120 Wochen im Jahr angeboten werde. Dies müsse in der Vorlage korrigiert werden. Richtig sei ein Kursangebot von 24 bis 48 Wochen im Jahr.

Die Schwankung hänge mit der Art der Angebote zusammen. Es gebe Angebote, die mehrmals wöchentlich stattfinden, andere Angebote hingegen lediglich alle zwei Wochen etc.

Er bittet darum, diese Korrektur zu Protokoll zu geben.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt diese Änderung zur Kenntnis.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2018 in verbleibender Höhe von 44.000 € gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

**7.2 Neue Kölner Statistik 3/2018
Hohe Zahl an Wohnungen im Bau - viele Wohnbauflächen in Planung
1293/2018**

RM Frau Gärtner sagt, dass die Perspektiven für die Zukunft da seien. Ihre Fraktion interessiere das Problem der fehlgenutzten Wohnungen durch Ferienwohnungen, insbesondere in der Innenstadt. Sie wolle zum Ausdruck bringen, dass die Lösung dieses Problem ihr und ihrer Fraktion sehr wichtig sei. Diese Wohnungen verdrängen Wohnungen für Menschen, die in Köln Wohnungen brauchen.

SB Frau Schmerbach stimmt ihrer Vorrednerin zu, dass dies ein großes Problem in ganz Köln sei.

Ein weiteres Problem sei die Höhe der Mieten. Sie wisse, dass es einen Mietspiegel gebe, ihr sei aber bekannt, dass sobald gebaut ist, über dem Mietspiegel Miete genommen werde. Sie fragt, ob es statistische Erhebungen als Übersicht für Köln und die Stadtteile gebe, aus denen man ersehe könne, wie hoch die Mietpreise in Köln und den Stadtteilen liegen und wie sie sich entwickelt haben.

RM Frau Heuser merkt an, dass der Vergleich der in Köln genehmigten Wohnungen in der Neue Kölner Statistik 3/2018 mit Bund und Land nur insofern greife, wenn ähnlich wachsende Kommunen mit Köln verglichen werden. Im Ruhrgebiet und ländlichen Gebieten gebe es weiterhin Leerstand.

Des Weiteren fragt sie, wie viele öffentlich geförderte Wohnungen seit Anfang des Jahres gebaut wurden.

RM Herr Detjen teilt mit, dass er den statistischen Bericht nicht einfach so zur Kenntnis nehmen wolle. So wie bisher gehe es seiner Meinung nach nicht weiter. Es gehe hier auch nicht um Zweckentfremdung, sondern wie viele Wohnungen gebaut werden. Selbst wenn in 2018 mehr Wohnungen gebaut werden als in 2017, werde nicht die Anzahl an Wohnungen erreicht, die benötigt werden.

In der Presse wurde auch ein konkreter Vorschlag des Mietervereins präsentiert, dass eine Task Force gebildet werden solle. Er fragt die Verwaltung, wie sie zu diesem Vorschlag stehe.

Köln müsse sich bei der Wohnungsbautätigkeit mit anderen Großstädten vergleichen, wie beispielsweise Frankfurt, Stuttgart und München.

Des Weiteren fragt er, wie nach dem „StEK Wohnen“ der Zeitrahmen für die Wohnbauflächen in Planung sei, wann die Flächen auf den Markt kommen und ob hierunter auch städtische Flächen seien, auf die die Politik Einfluss habe.

RM Frau Hoyer bemerkt, dass sie seit 2009 im Rat sei und seitdem die Diskussion geführt werde. Es habe einige neue Programme und Konzepte gegeben, es sei jedoch nichts passiert.

Sie appelliert dafür, mehr zu bauen. Es wurden mittlerweile Flächen beschlossen, es müsse jedoch auch gebaut werden. Hierunter falle nicht nur der öffentlich geförderte Wohnungsbau drunter, auch private Investoren müssen aktiv werden und mit denen müsse gesprochen werden.

Bezüglich des Vergleiches der genehmigten Wohnungen Kölns mit dem Bund und dem Land NRW wolle sie mitteilen, dass sie dies auch gestört habe. Es könne nicht gesagt werden, dass die Stadt Köln mit einem Rückgang der Genehmigungen zufrieden sei, weil auch in NRW weniger Genehmigungen in 2017 im Vergleich zu 2016 erteilt worden seien. Die Formulierung in der Veröffentlichung sei nicht aussagekräftig.

SE Herr Krücker sagt, dass er die Statistik mit großem Interesse gelesen habe. Nicht nur die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sei auf einem historischen Tiefstand, auch die Zahl der genehmigten Wohnungen sei außerordentlich niedrig. Insofern sollen diese Zahlen darauf genauer analysiert werden, wie wirksam dagegen gesteuert werden könne. Insgesamt halte er die Zahlen für die Stadt aus sozialer Sicht hochgradig bedrohlich.

SB Herr Dr. Schulz erläutert, dass seit 2009 versucht werde, mit Programmen dieses Problem zu beheben. Das Problem seien jedoch nicht die Programme selbst, sondern die fehlende Einhaltung und Umsetzung dieser.

Wenn in Köln Gebiete erschlossen werden müssen, gehe das mittlerweile nur noch durch Geschosswohnungsbau, da ein Mengenproblem gelöst werden müsse. Aus seiner Sicht sei es nicht vertretbar, dass durch private Käufer und Bauherren auf diesen Flächen Villen gebaut werden.

Außerdem ist er nicht der Meinung, dass eine Task Force weiterhelfen werde. Es gebe bereits ein Wohnbündnis der Oberbürgermeisterin mit der Wohnungswirtschaft. Dieses habe jedoch aktuell bisher keine Erfolge gezeigt. .

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bestätigt, dass die Oberbürgermeisterin etliches dazu getan habe, das Thema zu beschleunigen. Es werden aktuell Strukturen geschaffen, aber es sei ihm auch bewusst, dass diese alleine nicht ausreichen werden.

In einer Klausur in seinem Dezernat habe man sich zu Beginn seiner Tätigkeit auf das Ziel „Wachstum im Ausgleich“ geeinigt. Aus dem Blickwinkel Soziales und Umwelt sei nicht das Wachstum um jeden Preis gewollt, sondern Wachstum in Köln müsse so gestaltet, begleitet und gesteuert sein, dass ein „gutes Wachstum“ möglich sei. Sein Kriterium sei daher nicht, jedes mögliche Wachstum zu realisieren, sondern gesundes Wachstum zu ermöglichen.

Die Stadt sei attraktiv für Zuziehende. Durch vermehrten Wohnungsbau würde auch die Nachfrage weiter steigen. Die Fachleute seien sich in diesem Punkt einig.

Ausschließlich mehr Wohnungen alleine seien nicht hilfreich. Er plädiere dafür, dass Wachstumsaspekte der Qualität und der Quantität in den Fokus zu stellen. Diese Frage finde Einzug in den „Masterplan Soziales Köln“. Dort gehe es u.a. auch darum, wie Wohnungsverdichtung sozialverträglich gestaltet werden könne.

Bestimmte Merkmale des Wachsens seien ihm wichtig, wie beispielsweise die Gentrifizierung. Eine Durchmischung an Wohnraum müsse geschaffen werden.

Zu der Frage von RM Frau Heuser bezüglich der Planung von sozialem Wohnraum für 2018 sei die Verwaltung im Plan und er gehe davon aus, dass die als Ziel angesetzten 1.000 geplanten geförderten Wohnungen realisierbar seien.

RM Frau Hoyer entgegnet, dass es Bevölkerungsprognosen gebe und die Situation so sei, dass mehr Wohnungen gebraucht werden. Dies sei unstrittig. Hier helfe nicht nur „gutes Wachstum“, sondern erstmals überhaupt eine hohe Zahl an neuen Wohnungen, um die Nachfrage zu decken. Zu der Aussage von SB Herr Dr. Schulz weise sie zurück, dass privater Wohnungsbau direkt damit in Verbindung gesetzt werde, dass sich ein reicher Mensch dort eine Villa bauen lässt. Es gebe auch nicht reiche Familien, die sich anstrengen, ein Einfamilienhaus zu bekommen oder zu bauen, um sich mit dem Eigenheim eine Altersvorsorge aufzubauen.

RM Herr Detjen entgegnet zu der Aussage des Beigeordneten Herr Dr. Rau, dass dies so nicht gesehen werden könne. Als Sozialausschuss und als Sozialdezernent müsse ein ureigenes Interesse vorhanden sein, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Die Lage sei aktuell bedrohlich. Wenn nicht darum gekämpft werde, dass in Sachen Wohnungen etwas geschehe, dann werde der Sozialhaushalt bedrohliche Ausmaße annehmen. Dieser werde so hoch werden, dass soziale Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Wenn in Sachen Wohnungspolitik nichts passiere, werde das eintreten. Deswegen müsse hier diskutiert werden, wie man das vermeiden könne.

Er regt an, in Diskurs mit dem Stadtentwicklungsausschuss zu gehen und eventuell eine gemeinsame Sitzung zu bestimmten Punkten zu machen, um auch nach außen hin die Wichtigkeit dieser Thematik zu betonen.

Der neue Baudezernent müsse sich auch erst einarbeiten und dies benötige Zeit. Insofern mache eine Task Force Sinn, da er hier Unterstützung aus allen Bereichen bekommen würde.

Es müsse nun gehandelt werden und etwas passieren.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold nimmt diese Anregung auf. Er werde sich mit RM Herrn Kienitz besprechen. Er schlägt vor, auf den neuen Baudezernenten zu warten, damit dieser direkt beisetzen könne.

RM Herr Klausing merkt an, dass hier keine Sachen gegeneinander ausgespielt werden sollen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden müssen.

Die Stadt benötige mehr Wohnungen, hierin seien sich alle einig. Der Unterschied bestehe in der Konsequenz, wie dies angegangen werden müsse.

Er stimme dem Beigeordneten Herrn Dr. Rau bei der Frage, wie ein solcher Ausbau betrieben werden müsse, bei. Der Masterplan Soziale Stadt Köln stelle sich eben diesen angemessenen Ausbau mit entsprechender Beibehaltung einer gewissen Lebensqualität vor.

Es liegen Einwohner- und Haushaltsprognosen für Köln vor. Prognosen seien jedoch keine Tatsachen. Wenn die Stadt keine Wohnungen baue, ziehen auch keine Leute zu. Prognosen entstehen und hängen von politischen Entscheidungen ab. Es kommen keine Leute, wenn politisch keine Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Deswegen solle nicht weniger gebaut werden, aber es solle mit Plan gebaut werden und nicht um des Bauens Willen.

SB Frau Schmerbach betont nochmals, dass es ihr Anliegen sei, dass zusätzlich ein Auge auf die Mietpreisentwicklung geworfen werde. In Ehrenfeld und Bocklemünd seien Quadratmeterpreise von 18 bis 20 Euro der Fall. Es könne nicht sein, dass gesagt werde, dass Wohnungen benötigt werden, diese jedoch nicht bezahlbar seien.

Es werde gebaut und das sei richtig. Jedoch werde viel Eigentum dann verkauft und diese Wohnungen kosten auch viel Geld. In der Wirtschaft sei es so, dass die Unternehmen natürlich auch Geld verdienen wollen, aber sie plädiere dafür, dass die Menschen Wohnungen bekommen, die bezahlbar seien.

RM Frau Heuser erläutert, dass das gute Wohnen eine Menge beinhalte. Sowohl Klima, Flächenverbrauch, Verkehr, Infrastruktur und die Wechselwirkungen in der Region seien Aspekte. Der Ausschuss ist sich einig, dass mehr Wohnraum benötigt werde, die Frage sei, wie das mit dem Flächenverbrauch vereinbar sei. Die Wechselwirkung von Nachfrage und Angebot, vorhandenen Ressourcen und der Preisentwicklung müsse auch beachtet werden. Was in Köln für Bauflächen an Preise aufgerufen werde, sei extrem. Es müsse auch überlegt werden, ob in die Höhe gebaut werden solle oder ob kleinere Wohneinheiten zum Ziel führen. Das müsse jedoch erstmal diskutiert werden und das könne man nicht in der Statistik nachlesen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob ermittelt werden könne, wie viele der Neubauten Eigentumswohnungen seien und wie viele Mietwohnungen seien.

Bezüglich der Gentrifizierung fragt er, ob die Verwaltung Ideen habe, wie man diese aufhalten könne.

Herr König, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik teilt zu der Anregung von RM Herr Detjen, in einen Diskurs mit dem Stadtentwicklungsausschuss zu gehen, mit, dass die Mitteilung zeitgleich im Stadtentwicklungsausschuss beraten wird.

Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik habe drei Formate, welche über diese Thematik informieren. Einerseits sei dies die Neue Kölner Statistik, welche hier vorliege und auf zwei Seiten prägnant und kurz die Wohnungsbautätigkeit und die Wohnbaupotentiale dargestellt. Des Weiteren gebe es den Kölner Pegel als detailliertere Informationsquelle. Als umfassendste Quelle erstelle das Amt für Stadtentwicklung und Statistik die Kölner statistischen Nachrichten.

Die Darstellung im vorliegenden Fall sei eine Darstellung der Wohnungsbautätigkeit. Informationen und Analysen, welche mit dem Wohnungsmarkt zu tun haben, seien hier nicht eingebaut. Die Preisentwicklung etc. werden im Kölner Pegel dargestellt.

Zu dem Hinweis von SB Frau Schmerbach zu Informationen zur Miethöhe und Mietpreisentwicklung erläuterte Herr König, dass es hierzu verschiedene Berichte, insbesondere von Maklerunternehmen gebe, welche hierfür als Quelle genutzt und ausgewertet werden. Für Köln und für die einzelnen Stadtteile und Veedel habe die Verwaltung Angebotspreise der letzten Jahre erhalten und diese sollen nach Auswertung und Aufbereitung auch veröffentlicht werden. An diesen könne man die Entwicklung der Mietpreise in einem Stadtteil erkennen. Diese tiefergehenden Berichte seien somit im Fokus, wann diese jedoch veröffentlicht werden, könne er aktuell noch nicht sagen.

Fast zeitgleich zu der Erstellung der Neue Kölner Statistik 3/2018 hat IT-NRW die Zahl der in 2017 genehmigten Wohnungen für NRW veröffentlicht. Somit habe es sich angeboten, wegen der Aktualität diese Zahlen zum Vergleich zu nutzen.

Dennoch sei der Vergleich von Köln mit den „Big Seven“ angebracht, insbesondere, da Hamburg, Berlin und München ähnliche Problemlagen und Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt haben wie Köln. Dort werde die Bauentwicklung auch beobachtet.

Er wies darauf hin, dass absolute Zahlen der neugebauten Wohnungen für einen Vergleich nicht vergleichbar seien, sondern in Relation zur Einwohnerzahl genommen werden müssen. Er nehme den Vergleich mit anderen Großstädten als Anregung gerne mit.

Die Darstellung der Wohnbauflächen zeige auf, welche Flächen in den nächsten Jahren bebaut werden sollen. Es werde dargestellt, was perspektivisch in den nächsten Jahren möglich sei. Zu der Frage von RM Herr Detjen, wie der Zeitrahmen für die Wohnbauflächen in Planung sei, teilte er mit dass in dem Wohnungsbauprogramm 2030 die Flächen des Wohnungsbauprogramm 2015 mit neuen Flächen, z.B. die, die vom Rat der Stadt am 20.12.2016 beschlossen worden sind, zusammengeführt werden. Das neue Wohnungsbauprogramm 2030 sei aktuell noch in Abstimmung.

Die Neue Kölner Statistik zeige auf, wie die Wohnungsbautätigkeit ablaufe, da das Bauen verschiedene Phasen habe. Hier sei dargestellt, dass es eine hohe Zahl an genehmigten neuen Wohnungen gebe, die sich in einem unterschiedlichen Realisierungsstand befinden. Es könne im Zeitvergleich erkannt werden, dass mehr Wohnungen in Bau seien, als in den Vorjahren zum selben Zeitpunkt. Perspektivisch auf das Jahr 2018 hochgerechnet, sei für die Wohnungsbaufertigstellungen eine positive Entwicklung zu erwarten.

Grundsätzlich sei aber zu betonen, dass die Stadt keine Wohnungen baue, sondern dies durch private Bauherren und –träger geschehe. In 2017 wurden lediglich 30 % der Ende 2016 vorliegenden Genehmigungen von Wohnungen umgesetzt und realisiert. Daraus resultiere die Frage, wieso. Aktuell sei eine Hochkonjunktur für Baufirmen festzustellen. Die gesamte Bauwirtschaft sei zurzeit sehr stark ausgelastet.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die Beantwortung und fragt erneut nach der Anzahl der Eigentumswohnungen und Mietwohnungen in Relation.

Herr König antwortet, dass gesagt werden könne, wie viele neue Wohnungen im Geschosswohnungsbau Eigentumswohnungen seien. Im Kölner Pegel vor zwei Jahren habe es bereits die Aussage gegeben, dass viele Eigentumswohnungen gebaut werden und der Trend dahin gehe. Statistisch nicht bekannt sei, ob die Wohnung von den Bauherren selbst belegt werde oder ob diese vermietet werde; hierzu gebe es lediglich empirische Erfahrungswerte. Er reiche die Angabe zur Zahl der Eigentumswohnungen in neuen Geschosswohnungen und eine Schätzung, wie viele davon selbst genutzt bzw. vermietet seien, nach.

RM Frau Heuser fragt, wie viele Wohnungen bis jetzt in diesem Kalenderjahr fertiggestellt worden seien.

Herr König erklärt, dass unterjährig vom Bauaufsichtsamt die Anzahl der Genehmigungen eingeholt werden könne. Jedoch sei dies bei den Fertigstellungen im laufenden Kalenderjahr nicht möglich. Daher gebe es diese Veröffentlichung immer am Anfang des neuen Jahres und nicht unterjährig.

RM Frau Schwab geht darauf ein, dass erwähnt wurde, dass 2016 übermäßig viele Wohnungen genehmigt, aber nicht gebaut wurden. Flächen seien ziemlich viel wert. Daraus resultiere ihre Frage, ob es hier Hinweise auf Spekulanten gebe und ob dadurch der Wohnungsbau behindert werde oder ob es Möglichkeiten gebe, dagegen vorzugehen und dies zu verhindern.

Herr König erläutert, dass er darüber keine Kenntnis habe, es aber die These gebe, dass entsprechende Bauanträge gestellt werden und wenn die Genehmigung erteilt wurde, diese spekulativ gehalten werden. Durch die Genehmigung gebe es eine Wertsteigerung der Fläche. Das könne man für Köln jedoch aktuell nicht sagen. Die Zahl der genehmigten Wohnungen im letzten Jahr, mit deren Bau noch nicht begonnen worden ist, liege unter dem Schnitt der Jahre davor. Eine Spekulation mit Baugenehmigungen können derzeit für Köln nicht festgestellt werden.

SB Herr Ladenberger merkt an, dass Gebäude vom Genehmigungsanspruch her unterschiedlich behandelt werden. Es gebe Gebäudeklassen, für die eine Genehmigungsfreistellung erteilt werde und welche somit nicht mehr unter die Kontrolle der Bauaufsicht fallen. Auch diese Gebäude benötigen ein Grundstück. Hier existiere dann ein Genehmigungsverfahren für dieses Grundstück, welches dann aber schlussendlich möglicherweise anders bebaut wird.

Er fragt, ob die Stadt Zugriff auf die Zahlen habe der Gebäudeklassen, die der Genehmigungsfreistellung unterliegen.

RM Herr Detjen bemerkt, dass es statistisch nachweisbar sei, wenn man den Zeithorizont der Baugenehmigung bis zur Fertigstellung zurückverfolgen könne. Somit könne man die These, ob sich dieser Zeitverzug verstärkt habe und der Spekulationsverdacht für Köln zutreffend sei, überprüfen.

Herr König antwortet, dass er die Frage von SB Herrn Ladenberger nicht beantworten könne und die Beantwortung schriftlich nachgereicht werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt, dass er davon ausgehe, dass das Thema Wohnungsbau und Stadtentwicklung das zentrale Thema der Zukunft Kölns sei. Er bestärke den Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss. Von dort ausgehend könne ein Workshop veranstaltet werden, sodass das Thema Wohnungsbau und Stadtentwicklung / soziale Wohnraumentwicklung zur zweiten Jahreshälfte 2018 intensiv beleuchtet werden könne

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bestätigt, dass er auf den Ausschussvorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses RM Herrn Kienitz zugehen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.2 von Herrn Ladenberger betreffend "Budget für Arbeit" aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 19.04.2018 1445/2018

SB Herr Ladenberger sagt, auch wenn es keine Leistung des Jobcenters sei, werden die Mitarbeiter im Beratungsbereich auch mit Menschen zu tun haben, die auf dem

Grat stehen erwerbsfähig zu sein oder nicht. Dies sei eine sehr weitreichende Entscheidung für die Zukunft.

Auch wenn es keine Leistung des SGB II sei, müsse das Jobcenter hier dennoch eine fachmännische Beratung leisten können.

Herr Wagner, Geschäftsführer Jobcenter Köln, stimmt dem zu. Es sei gut, wenn das Jobcenter über diese Leistungen Bescheid wisse. Das sei eine Leistung des SGB IX und hierauf könne das Jobcenter hinweisen. Da dies zentral über DiMa laufe, könne man im Positiven davon ausgehen, dass das Jobcenter mehr als nur hinweise. DiMa setze sich mit dem SGB IX auseinander, die rechtsverbindliche inhaltliche Beratung dürfe gesetzlich jedoch nicht seitens des Jobcenters vorgenommen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.1.2 Beantwortung der Anfrage zu TOP 8.2 von Herrn Ladenberger betreffend „Grad der Behinderung“ aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 19.04.2018 1446/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 1442/2018

RM Herr Detjen bedankt sich insbesondere für die Beantwortung von Punkt 3, die Frage bezüglich Beschwerden bzw. Dienstaufsichtsbeschwerden beim Kundenreaktionsmanagement. Hier seien zwei große Gruppen erkennbar. Zum einen die Gruppe, welche sich über Unfreundlichkeit etc. beschwere und zum anderen die Gruppe, welche sich über die Ablehnung der Leistung beschwere. Es sei erkennbar, dass im Servicebereich Schwierigkeiten bestehen.

Er fragt, wie viele von den Dienstaufsichtsbeschwerden dort positiv beschieden wurden bzw. wie viele akzeptiert wurden.

RM Frau Heuser merkt positiv an, dass ihre Fraktion die Idee und Umsetzung von Erklärvideos zu Bewilligungsbescheiden im SGB II für lobenswert halte.

Bezüglich der Zahlen im Integration Point fragt sie, ob ein Rundungsfehler vorgekommen sei oder wie die Zahlen von 60% männlicher und 41% weiblicher Personen zustande komme.

Herr Wagner antwortet, dass die erste Gruppe sehr ernstgenommen werde und man diesen Beschwerden nachgehe. Bei der Gruppe, die sich wegen der Ablehnung von Leistungen beschwere, sehe er das differenzierter. Manchmal komme es auch vor, dass Leistungen abgelehnt werden müssen, weil das Gesetz die Zustimmung nicht hergebe. Die betroffene Person kann oder will das aus persönlichen Umständen nicht akzeptieren und beschwert sich.

Dienstaufsichtsbeschwerden werden beim Jobcenter Köln zentral durchgeführt und er bekomme zu allen Beschwerden den Bericht. Es werde allen Dienstaufsichtsbeschwerden nachgegangen. Die genauen Zahlen reiche er jedoch nach.

Bei den Prozentzahlen bestehe ein Rundungsfehler und er bittet dies zu entschuldigen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

**9.1.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“"
AN/0599/2018**

**9.1.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
AN/0540/2018**

**Antwort der Verwaltung betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
1218/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flüchtlingsunterbringung Rubensstraße"
AN/0716/2018**

**Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flüchtlingsunterbringung Rubensstraße (AN/0716/2018)"
1520/2018**

RM Frau Gärtner merkt an, dass die Antwort der Verwaltung sehr einleuchtend sei. Sie finde es bedauerlich, dass in der Presse in dieser Weise berichtet worden ist. Sie hoffe, dass die Presse demnächst vorher nachfragt, was Tatsache sei, bevor ein falscher Eindruck entstehe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schließt sich dem vollumfänglich an.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.1.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen"
AN/0775/2018**

**9.2 20. Bericht zur Situation Geflüchteter
1354/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt den Bericht, dieser sei sehr informativ.

RM Frau Gärtner schließt sich dem an und möchte ein großes Lob insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen, die hier mitgewirkt haben.

Aktuell gebe es keine heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, aber zur Situation habe es dennoch viele Fragen in ihrem Umkreis gegeben. Der Bericht stelle die Situation in den Gesamtzusammenhang. Auch bei anderen politischen Gremien, nicht nur dem Ausschuss Soziales und Senioren, habe der Bericht große Resonanz gefunden.

SB Frau Schmerbach findet den Bericht ebenfalls sehr gut, vor allem, dass Unterkünfte beziehungsweise Teile hiervon in Wohnungen umgewandelt werden sollen. Daraus resultiere ihre Frage, welche Kriterien hierfür entscheiden seien, dass eine Unterkunft in Wohnungen umgewandelt werde oder nicht.

Außerdem fragt sie, was mit der Hausmeisterstelle in der Boltensternstraße passiert sei und darüber hinaus, ob es nun grundsätzlich weniger Hausmeisterstellen in den Einrichtungen gebe. Diese seien wichtig und haben eine hohe Funktion vor Ort.

RM Frau Heuser lobt den Bericht auch und hält diesen für sehr aufschlussreich.

Sie sagt, dass mittlerweile alle alleinreisenden und alleinerziehenden Frauen untergebracht wurden. Sie fragt, ob die Frauen noch in Leichtbauhallen oder Notunterkünften oder ob sie mittlerweile alle adäquat in Wohnungen etc. untergebracht seien.

Des Weiteren wolle sie anmerken, dass laut Schaubild noch ca. 3.850 Personen in qualitativ schlechten oder teuren Unterkünften untergebracht seien. Es gebe vermehrt Anträge aus den Bezirksvertretungen, welche anzweifeln, dass die Systembauten gar nicht mehr gebraucht werden würden, da die Zahlen der Geflüchteten rückläufig seien und die Stadt bereits am Bauen sei. Das zeige deutlich, dass die Beschlüsse, welche in 2016 gefasst wurden, umgesetzt werden müssen.

Außerdem habe die Verwaltung etliche Unterkünfte aufgegeben. Daher fragt sie, was mit dem Personal passiert sei. Im Zuge der Mindeststandards sei die Planung gewesen, dass viele Leute von dort übernommen und eingesetzt werden sollen. Sie fragt nach der Planung in diesem Bereich bis 2018, da hier ja erneut Unterkünfte freigezogen werden.

RM Frau Hoyer entgegnet bezüglich den erwähnten Systembauten in den Bezirksvertretungen, dass dies ein Appell an die Verwaltung sei, aber auch an die Politik. Die Politik habe das so beschlossen und das könne nicht der Verwaltung angelastet werden.

Sie fragt, wenn bei den Hotelunterbringungen alle Möglichkeiten genutzt werden würden und lediglich auf das Minimum der Besetzungspflicht ausgezogen werde, dass weitaus mehr als die angestrebten 300 Plätze frei werden würden. Sie fragt, ob es hier eine konkrete Zahl gebe, wie viele dann möglicherweise pro Jahr ausgezogen werden könnten und wieso keine höhere Zahl als Ziel genommen werde, wenn das voraussichtlich weitaus mehr als 300 Plätze seien.

RM Herr Detjen sagt, dass in Diskussionen entwickelt werden müsse, zu den alten Leitlinien der Flüchtlingsunterbringung als strategisches Ziel zurückzukehren.

Insofern würde ihn interessieren, wie die strategische mittelfristige Ausrichtung der Verwaltung sei. Dies insbesondere in Bezug auf die Verteilung der Geflüchteten nach Unterbringungsarten, wonach 22 % in Wohnungen untergebracht seien und 23 % in Beherbergungsbetrieben.

SB Herr Dr. Schulz erläutert, dass auf Seite 23 zum Auszugsmanagement berichtet wird, was positiv erreicht wurde. Es könne sein, dass eine höhere Bereitschaft zur Vermietung bestehe, wenn die Stadt als Mieter und der Betroffene als Untermieter auftrete. Das sei momentan kategorisch ausgeschlossen. Er erfahre in Gesprächen mit Bürgern, dass dies ein Hindernis für Vermieter sei, Wohnungen an diese Menschen zu vermieten.

Des Weiteren ist die Frage, in wie weit mit anderen Wohnungsbaugesellschaften kooperiert werde, insbesondere mit den kirchlichen.

Auf Seite 25 seien rückwirkende Änderungen des Nutzungsgebührenbescheids zum 01. Februar 2018 angekündigt. Er fragt, ob solche Bescheide bereits ergangen seien und bis wann die letzten ergangen sein sollen.

RM Herr Klausing bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Im Zusammenhang mit den aufgeführten Zahlen der Abschiebungen habe die Verwaltung auch zugesagt, die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen und die Hemmnisse für die Ausreise mit aufzunehmen. Er bittet darum dies turnusmäßig in den Quartalsbericht mit aufzunehmen.

SB Herr Ladenberger drückt ebenfalls seinen Dank für den Bericht aus, welcher einen guten Überblick verschaffe. Ihm fehle ein Bereich bezüglich der Flüchtlinge mit Behinderung. Hier seien keine Aussagen getroffen von Unterbringung und Situation. Er wisse, dass dieses Thema bei den Flüchtlingen schwierig sei und bitte darum, dies zukünftig aufzunehmen.

Herr Ludwig bedankt sich zunächst für das ausgesprochene Lob. Dieses werde er insbesondere an Frau Stammel weiterleiten, die diesen Berichtsentwurf in den letzten Wochen und Monaten zusammengestellt habe. Der Bericht sehe nicht nur gut aus, er sei auch für die Verwaltung zukünftig eine enorme Arbeitersparnis.

Bezüglich der Kriterien für den Wohnungsbau aus Flüchtlingsunterbringungen ist zu sagen, dass die Verwaltung dort Wohnungsbau schaffe, wo Baurecht vorgefunden werde. Öffentlich geförderter Wohnungsbau setze voraus, dass die Stadt an dieser Stelle Baurecht habe. Das unterscheide die Stellen von Stellen für Leichtbauhallen wie beispielsweise am Butzweiler Hof.

Zuerst werde aus den Notunterkünften rausgegangen. Diese seien die schlechteste Unterbringungsform und diese werden somit als Erstes leergezogen und danach in Reserve genommen.

Bezüglich der Hausmeisterstelle müsse man die Historie betrachten. Die Boltensternstraße sei als erste Unterkunft als Wohnheim in Betrieb gegangen. Sie wurde mit Hausmeisterstellen ausgestattet. Das habe die Stadt sonst lediglich noch in den Notunterkünften gemacht.

Alle regulären Wohnheime werden aktuell nur mit Sozialarbeitern betreut. In den regulären Wohnheimen werde auch erwartet, dass die Geflüchteten einen Teil für das Gelingen des Miteinanders aufbringen. Dazu gehören auch kleinere Hausmeisterarbeiten.

Somit habe man dort sukzessive Hausmeisterstellen heruntergefahren, um die Boltensternstraße wie alle anderen Wohnheime zu behandeln.

Bezüglich der Nachfrage von RM Frau Heuser zu den Familienstrukturen und der Nachfrage von SB Herrn Ladenberger zu der Personengruppe der Behinderten wolle er im nächsten Bericht ein besonderes Kapitel für die besonders schutzbedürftigen Personen einbringen.

Die Verwaltung sehe auch eine Phase der Entspannung aber könne noch keine Entwarnung geben. Es seien noch über 3.000 Personen in relativ schlechten Unterkünften untergebracht. Mit über 9.400 Geflüchteten in Köln sei man auch weit weg von entspannten Phasen von vor sieben Jahren, wo um die 1.500 Personen in Unterkünften untergebracht waren. Er bittet darum, in der politischen Diskussion nach außen dies mitzuteilen. Die Diskussionsgrundlage der Bezirksvertretungen treffe nicht zu.

Beim Betreuungsschlüssel mache er sich die wenigsten Sorgen um die Sozialarbeiter. Hier sei der Markt gegeben. Im Regelfall werde hier eine Anschlussbeschäftigung an einem anderen Standort gefunden.

Sorge machen ihm mehr die zuarbeitenden Mitarbeiter in den Notunterkünften wie Hausmeister oder die Menschen für die Essenszubereitung. Diese verlieren über die Träger als erstes ihren Job und für diese gebe es keine Anschlussbeschäftigung, weil die Unterkünfte so konzipiert seien, dass die Geflüchteten diese Zuarbeiten in den Unterkünften nicht mehr benötigen.

Die Stadt sei mit sinkenden Zahlen in der Hotelunterbringung unterwegs. In diesem Jahr habe die Verwaltung bereits knapp 250 Plätze abgebaut und das selbstgesteckte Ziel von 300 abgebauten Plätzen werde aller Voraussicht nach übertroffen, wahrscheinlich sogar verdoppelt. Allerdings müsse in diesem Kreis auch klar sein, dass das Freiziehen von Notunterkünften, mit Ausnahme der Herkulesstraße oberste Priorität habe. Diese seien schlechter als ein Hotel, aber vom Preis diesem ähnlich.

Eine Vielzahl von Hotels, zu denen Abschlüsse in 2012 bis 2014 getätigt werden konnten oder welche ohne Belegungsdauer abgeschlossen wurden, werden als erstes angeschaut und dann auch sukzessive aufgegeben.

Er könne sich jedoch nicht vorstellen auch bei weiter sinkenden Fallzahlen ganz auf die Hotelunterbringung verzichten zu können.

Bezüglich der Leitlinien stimmt er zu und fügt hinzu, dass die letzten vorgeschlagenen Bauvorhaben im konventionellen und öffentlich geförderten Wohnungsbau seien und diese den Leitlinien entsprechen. Diese einzuhalten, ist das angestrebte Ziel.

Die Stadt als Mieter einzusetzen und damit den Flüchtling als Untermieter der Stadt bedeute einen erheblichen Mehraufwand in der Objektbetreuung für sein Amt. Mietverträge mit dem Liegenschaftsamt müssten abgeschlossen werden, was unproblematisch sei. Problematisch werde es, dass die Verwaltung als Mieter die Verkehrssicherungspflicht übernehmen müsse. Er bevorzuge es, private Anbieter direkt Mietverträge mit den Geflüchteten abschließen zu lassen. Dies sei auch integrativ und für den Geflüchteten ein besseres Zeichen.

Es werden ihm jedoch sehr selten Angebote mit dieser Option gemacht.

Die Kooperation mit anderen Wohnungsbauunternehmen außer der GAG findet statt, insbesondere mit den Kirchen. Hier verweise er auf die sehr gute und enge Zusammenarbeit mit bspw. der Diakonie und der Caritas. Ohne eine enge Kooperation mit den Kirchen sei dies nicht möglich.

Die Härtefallregelung wende sein Amt konsequent an. Für eine der nächsten beiden Sitzungen werde es voraussichtlich einen Zwischenbericht geben. Nach seinem Kenntnisstand liegen über 200 Anträge hierzu vor. Viele von diesen Bescheiden seien bereits beschieden. Wann der letzte ankomme, wisse er nicht, diese kommen fortlaufend, sobald jemand in einer Unterkunft erstmalig ein Einkommen erhalte.

Sein Amt habe die Anträge eine Zeit lang gesammelt und diese seien jetzt in der Bescheidung.

Der Flüchtlingsbericht ist aktuell dreiteilig aufgebaut. Es gebe einen allgemeinen Teil, für den sein Amt die Verantwortung für trage. Der nächste Teil beziehe sich hauptsächlich auf das Ausländerrecht und hier liege die Verantwortung beim neu eingerichteten Amt für Ausländerangelegenheiten. Der dritte Teil, welcher sich auf die Finanzen beziehe, werde von der Kämmerei mitgestaltet.

Er werde die Fragen, die sich nicht auf seinen Bereich beziehen, dementsprechend weiterleiten.

SE Herr Nickenig fragt, wieso am Kalscheurer Weg noch Container gebaut werden, obwohl dies nicht mehr geschehen solle.

Herr Ludwig dementiert, dass das der Fall sei. Diese Anfrage kam von dem Mitglied der BV Rodenkirchen bereits vermehrt und er könne lediglich wiederholen, dass es sich hier nicht um Container handle, sondern um Systembauten und dies ein großer Unterschied sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.3 Informationen zur Ombudsstelle für Flüchtlinge 1179/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.4 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018 1192/2018

RM Herr Detjen fragt, da viele Systembauten im vierten Quartal des Jahres fertiggestellt werden, wie lange die Nutzungsdauer vorgesehen sei.

Herr Ludwig antwortet, dass sich die Laufzeit zum einen nach der Dauer der erteilten Baugenehmigungen bemessen werde und zum anderen nach dem baulichen Zustand und der Haltbarkeit eines solchen Baus. Hier gebe es einige Unterschiede. Die ersten Systembauten habe die Stadt 1988 / 1989 erstellt und im Stadtteil Dellbrück werden welche aus dieser Generation noch genutzt. Abhängig von der Intensität der Nutzung halten diese bis zu 30 Jahre lang. Baugenehmigungen, welche er erteilt bekomme, seien im Vergleich dazu durchschnittlich für 10-20 Jahre angesetzt.

Temporäre Bauten, wie diese Systembauten, stehen als Ausnahmetatbestand auf Flächen, wo es kein Baurecht gebe. In vielen Jahren müsse erneut bewertet werden, wie sich das Baurecht gestalten und ob die Baugenehmigungen hierfür verlängert werden sollen oder nicht.

RM Frau Heuser erläutert, dass im Zuge des Beschlusses über die acht Flächen mit temporären Bauten 20 Jahre als Nutzungsdauer angegeben worden sei.

Herr Ludwig erklärt, dass dies auf Grundlage einer mit der Kämmerei abgestimmten Kalkulation geschehen sei. Hier habe die Verwaltung berechnet, wie lange ein Bau dieser Bauweise stehen müsse, dass er sich in der Abschreibung rentiert habe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**
- 11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
 - 11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“" AN/0463/2018**
 - 11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018)" AN/0581/2018**
 - 11.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette" AN/0587/2018**

**Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates hier: Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette
AN/0587/2018
1603/2018**

RM Frau Gärtner erklärt, wieso ihre Fraktion diese Thematik auch in den Sozialausschuss gebracht habe, obwohl die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sich hiermit bereits befasse.

Es sei über diesen Kreis hinaus wichtig das Thema der blauen Plakette anzusprechen. Themen, welche im Sozialausschuss beraten werden, erreichen sehr oft einen größeren Personenkreis.

SB Herr Ladenberger bittet erneut darum, eine Mitteilung der KVB bezüglich der Vereinbarung bei E-Scootern zum Thema „Bahnen“ dem Sozialausschuss zur Verfügung zu stellen. In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 29. März wurde dies unter TOP 3.3 beraten. In dem Zusammenhang wünscht er, dass sich in der nächsten Sitzung zum Thema der Mitnahme von E-Scootern bei der KVB gesamtheitlich auseinandergesetzt werde und nicht lediglich in Bezug auf die Bahnen.

RM Herr Detjen fragt den Behindertenbeauftragten der Stadt Köln, wie dieser die Situation sehe und inwiefern die blaue Plakette auf die Stadtbahn angewandt werden könne oder wie das weitere Vorgehen in diesem Fall vorgesehen sei.

Herr Dr. Bell, Behindertenbeauftragter der Stadt Köln teilt mit, dass er diese Diskussion gerne auf die nächste Sitzung vertagen würde, wenn die Ausschussmitglieder den Sachstandsbericht der KVB kennen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Förderung von Interkulturellen Zentren aus dem Ausschusses für Soziales und Senioren vom 30.01.2018 1093/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.1.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück betreffend "Gewalt in der Pflege" im Ausschuss für Soziales und Senioren (TOP 11.3 vom 14.12.2017) 1015/2018

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich ausdrücklich für die Ausführlichkeit der Beantwortung. Mit der Schlussfolgerung sei er jedoch nicht zufrieden. Er fragt, wie gut die Angaben nachrecherchiert wurden. Er habe sich selbst die Mühe gemacht, die sogenannte Clearingstelle anzurufen. Gelandet sei er bei der zentralen Auskunftsstelle. Daraus resultiere seine Frage, ob die Clearingstelle überhaupt direkt zu erreichen sei.

Er habe sich anonym als betroffener Bürger ausgegeben und wollte solch eine Beratung simulieren. Am Telefon sei man sehr freundlich gewesen und habe ihm zwei Nummern genannt. Die erste sei für den allgemeinen sozialen Dienst (ASD) gewesen, welcher – wie sich herausstellte - lediglich in Köln für Kinder und Jugendliche zuständig sei. Die zweite Auskunft sei der Sozialpsychiatrische Dienst gewesen. Dieser sei jedoch nicht für jede Pflegefrage die korrekte Anlaufstelle. Hier warte er seitdem vergeblich auf einen Rückruf.

Anschließend habe er die 115 selbst anonym angerufen. Dort sagte man ihm, er solle nach Kalk kommen, am Telefon könne ihm nicht geholfen werden. Vor Ort gebe es jedoch das Amt für Soziales und Senioren.

Daraufhin habe er das Beratungstelefon als Seniorenvertreter angerufen. Hier habe man ihm gesagt, dass es eigentlich keine Beratung gebe, sondern man lediglich weiter verweise. Dies sei bei vielen der sogenannten Beratungen der Fall. Daher fragt er, ob sich die Beratungsstellen dann besser Lotsenstellen nennen sollten.

Des Weiteren gebe es beim Beratungstelefon die Leistung, dass einem Adressen und Telefonnummern zugeschickt werden bezüglich des Problems, welches man habe. Hier habe er ebenfalls angefangen, das zu kontrollieren. Es sei eine Nummer aus Bonn aufgeführt worden, welche er versucht habe, anzurufen, jedoch habe er lediglich die Meldung „Kein Anschluss unter dieser Nummer“ erhalten.

Er finde, dass das System, wie es in der Vorlage beschrieben sei, weit von dem Entfernt sei, wie es in Wirklichkeit sei. Er bittet daher um Bearbeitung der Vorlage und Nachrecherche.

Herr Woltmann, antwortet, dass er zu den verdeckten Anrufen nichts sagen könne, da er die Ausgangsfrage nicht kenne. Er könne dadurch nicht beurteilen, ob die Antworten qualifiziert waren oder nicht. Dass SE Herr Dr. Dr. Mück bei der Clearingstelle niemanden erreicht habe, könne er nicht nachvollziehen. Die Clearingstelle sei im Amt für Soziales und Senioren angegliedert. Dort gehen auch Meldungen ein, das bekomme er mit. Es gebe eine Vielzahl an Telefonnummern, bei denen selten beraten, sondern vielmehr weiterverwiesen werde. Das mache ebenfalls das Beratungstelefon, das sei aber auch seine Aufgabe.

Die zentrale Auskunftsstelle arbeite mit einer Wissensdatenbank und könne weitgehend qualifizierte Antworten geben. Warum der ASD vorgeschlagen wurde, könne er daher nicht nachvollziehen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass man die Methode gut oder schlecht finden könne, sich dort anonym zu melden. Er selbst habe parallel zu den Ausführungen die Clearingstelle während der Sitzung angerufen und wurde zur zentralen Auskunft weitergeleitet und könne somit die Angabe von SE Herrn Dr. Dr. Mück bestätigen.

Herr Woltmann erklärt, dass die Clearingstelle von Beschäftigten der Stadt betreut werde, die in der üblichen Dienstzeit arbeiten. Wenn keiner mehr anwesend sei, werde das Telefon auf die zentrale Auskunftsstelle umgestellt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum diese Thematik nochmals zu überprüfen und eine neue Mitteilung dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen oder die Problematik bilateral zu klären.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.1.6 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnsiedlung 'Im Mönchsfeld'", TOP 12.6 in der Sitzung vom 01.03.2018
Hier: Neu aufbereitete Tabelle
1519/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die Beantwortung und bittet darum die Vorlage auch dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

RM Frau Schwab teilt mit, dass ihr die extrem hohe Anzahl von Alleinerziehenden in Mönchsfeld aufgefallen sei. Bundesweit gehe man davon aus, dass jede fünfte ‚Familie‘ alleinerziehend sei. In diesem Fall sei es sogar jede zweite. Die Politik müsse hier von einem ganz besonderen Bedarf ausgehen. Es gebe wenig Bereiche, die auf Alleinerziehende spezialisiert seien, aber in dem Fall müsse darauf geachtet werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.1.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück betreffend "Vergünstigungen bei der Verbraucherberatung für Köln-Pass Inhaber/innen"
1626/2018**

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich auch für diese Antwort. Er gehe davon aus, dass seine Frage falsch verstanden worden sei. Dass Köln-Pass-Bezieher und Bezieher von Grundsicherung durchaus Beratungen umsonst bekommen, sei ihm bekannt. Ihm sei nur aufgefallen, dass in den Unterlagen und den Flyern der Verbraucherzentrale kein Hinweis dahingehend zu lesen sei. Dort stehen lediglich die Kosten, ohne Ausnahmeregelung. Daher seine Frage, ob auf die Verbraucherzentrale eingewirkt werden könne, dass diese Ausnahmen, wie der Köln-Pass, dort aufgenommen werden können.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt zu dies bei der Verbraucherzentrale anzuregen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Angebote für Obdachlose" AN/0646/2018

11.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen be- treffend "Ausbildungsduldung" AN/0717/2018

Beantwortung Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sozialausschuss AN 0717/2018 betreffend "Ausbil- dungsduldung" 1580/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.3 Mündliche Anfragen

1.)

RM Herr Detjen sagt, dass er wisse, dass der Bericht des Auszugsmanagements seit einigen Monaten vorliege. Er habe diesen jedoch bisher vermisst. Er fragt, ob der Bericht dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt werden könne.

Herr Ludwig bestätigt das.

2.)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt, ob der Beschluss bezüglich der S-Bahnhaltestelle Holweide an die Deutsche Bahn kommuniziert wurde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass dies geschehen sei.

3.)

SE Herr Dr. Dr. Mück merkt an, dass bezüglich den Bearbeitungszeiten der Schwerbehindertenausweise bereits vor einigen Monaten eine Anfrage gestellt wurde. Er fragt nun, wie der aktuelle Stand hier sei. Konkret fragt er nach, wie der aktuelle Bearbeitungsstau sei, wie viele das seien und die aktuelle durchschnittliche Bearbeitungsdauer. Des Weiteren fragt er, ob überprüft werde, dass es Leute gebe, die dringlicheren Bedarf haben als andere, beispielsweise wegen einer überschaubareren voraussichtlichen Lebenszeit.

Des Weiteren habe er eine konkrete einzelfallbezogene Frage. Einem Grundsicherungsempfänger mit anerkanntem Schwerbehinderungsgrad werde der ihm zustehende Mehrbedarf nicht rückwirkend ausbezahlt. Daraus resultiere seine Frage, ob dies der Regelfall sei oder ob das ein Einzelfall sei.

Herr Schumacher antwortet, dass erst entschieden werden könne, wenn der Antrag gestellt wurde und vor allem, wenn Kenntnis vom Bedarf erlangt wurde. Wenn der Antrag gestellt wurde, jedoch nicht dem Sozialamt kommuniziert wurde, könne das passieren. Er bietet an, dass er den Einzelfall klärt und sich bilateral mit ihm hierüber austauscht.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der anderen Fragen zu.

4.)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt an, ob es der Verwaltung bekannt sei, dass es selbsternannte Seniorenberater gebe, die hauptsächlich türkischstämmige Senioren beraten und sich Erfolgshonorare auszahlen lassen, für gewährtes Pflegegeld etc. Er fragt, ob es Möglichkeiten gebe, dass kommuniziert werde, dass es diese Leistungen kostenlos gebe.

Herr Woltmann erläutert, dass der Verwaltung ein Fall bekannt sei. Die Staatsanwaltschaft ermittle auch wegen einer anderen Sache gegen diese Person. Das Sozialamt habe keinerlei Verbindung ihm und seinem Pflegedienst.

Ansonsten sei es auch Aufgabe der Seniorenvertretung dafür zu werben, dass es eine unentgeltliche Beratung gebe. Das könne aber in Kooperation mit der Verwaltung gerne vertieft werden.

5.)

RM Frau Hoyer fragt, wann der Ausschuss mit einer Vorlage zum Baumarkt Porz rechnen könne.

Herr Ludwig sagt das zur nächsten Sitzung zu.

6.)

SE Frau Maleki-Balajou fragt nach, wo die Seniorenberatungsstelle auf Türkisch angesiedelt sei. Sie finde es schwierig, nur eine Seniorenberatungsstelle auf Türkisch in ganz Köln anzubieten, da viele türkischsprachige Senioren nicht wissen, wie sie wegen der Entfernung dahinkommen sollen.

Herr Woltmann teilt mit, dass die Seniorenberatungsstelle mit Beratungen in türkischer Sprache in Ehrenfeld sei. Alle anderen Beratungsstellen seien darüber informiert, dass es diese Beratung in türkischer Sprache dort gebe. Die interessierten Mitbürger werden somit vorher informiert, damit diese dahingehen können. In jedem Stadtbezirk diese Beratung in türkischer Sprache anzubieten, ist seitens der Verwaltung nicht leistbar.

12 Mitteilungen

12.1 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018

SE Herr Dr. Dr. Mück bittet darum bei einer Neuauflage auch die Seniorenvertretung und die Gleichstellungsbeauftragte mehr zu berücksichtigen. Diese seien von Diversity etwas ausgeklammert.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass die Gleichstellungsbeauftragte zum Büro der Oberbürgermeisterin gehören wollte und eben nicht der Punktdienststelle Diversity zugeordnet werden wollte. Dann dürfe man sich im Nachhinein jedoch auch nicht darüber beschweren, dass man in solchen Berichten nicht als zugehörig aufgenommen werde. Sie wisse nicht wie es bei den Senioren war, bei der Gleichstellungsbeauftragten war es jedoch so.

SE Herr Dr. Dr. Mück entgegnet, dass es nur darum gehe, in dieser Broschüre aufgenommen zu werden und nicht die Verwaltung umzustrukturieren.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.2 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht
0465/2018**

RM Frau Hoyer fragt, wie die Finanzierung hier weiterlaufe, da es ein auf zwei Jahre angelegtes Pilotprojekt gewesen sei.

Herr Woltmann erklärt, dass die Finanzierung 2015 und 2016 zu 100% durch das Land erfolgte und seit 2017 bis 2020 die Kosten hälftig von Kommunen und Land getragen werden. Wie es danach aussehe, zeigen dann die Verhandlungen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.3 Eröffnung einer Einrichtung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung obdachloser alleinstehender Frauen in der Gleueler Str. 262-268/ Ecke Zülpicher Str., 50935 Köln („Krieler Dom“)
1004/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.4 Bekanntmachung der Broschüre "Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen - Eine Erfolgsgeschichte über Bürgerengagement auf Stadtteilebene"
1193/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.5 Weiterführung der Postfiliale Köln-Zollstock (Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.03.2018 bzw. der BV Rodenkirchen vom 19.02.2018)
1417/2018**

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich beim Ausschuss für die Unterstützung. Zumindest für die Barrierefreiheit wird nun eine Klingel an der Straße eingerichtet. Er appelliert darum, den Aspekt im Auge zu behalten, damit die Quartiere nicht ausbluten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.6 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
1427/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.7 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2017-2018 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren
1097/2018**

RM Herr Detjen weist darauf hin, dass es neben der städtischen Winterhilfe auch eine Art „ehrenamtliche Winterhilfe“ gebe und er für die Zukunft empfehle, diese in den Berichten auch zu erwähnen, um deren Arbeit zu würdigen.

Herr Schumacher teilt mit, dass er mit den Trägern in Kontakt stehe und sich regelmäßig austausche. Er nehme den Vorschlag aber gerne an, dass die Träger nächstes Jahr auch in dem Bericht erwähnt werden.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt die Verwaltung und insbesondere erfreut es ihn, dass endlich eine dauerhafte Lösung vorliege.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schließt die Sitzung um 18:20 Uhr.

Paetzold (Vorsitzender)

Diener (Schriftführer)